

ORA ET
LABORA

Bete und
Arbeits!

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

U.I.O.G.D.

Auf daß in
Allem Gott
verherrlicht
werde

No. 28
27. Jahrgang

Münster, Eastl., Donnerstag, den 21. August 1930

Fortlaufende
No. 1351

Abrüstung

Am 27. Juli hielt Ramsay MacDonald, der englische Premier, vor einer großen Versammlung der Arbeiterpartei — seiner eigenen Partei — zu Buchurst Park, Sussex, England, eine schöne Rede über Abrüstung. Darin heißt es unter anderem:

„Man sagt euch, daß wir vielleicht Geld aufwenden müssen, um neue Schiffe zu bauen. Natürlich müssen wir das. Der erste Schritt in der Abrüstung ist, der Weltvertrag ein Ende zu setzen. Und wenn ich der Weltvertrag ein Ende machen könnte und es notwendig wäre, für den Augenblick unseren Schiffbau zu vergrößern, so würde ich das tun; denn ich weiß, daß diese Handlungsweise die sparsamste Methode ist.“

Das Ding, wovon wir zu leiden hatten, ist, daß kein internationales Übereinkommen darüber existiert hat, wie viel wir bauen würden. Setzt das fest, bestimmt euren Maßstab, dann seid ihr in der Lage, ihn zu verringern. Aber ihr könnt niemals euer Bauprogramm verringern, bis ihr mit anderen großen Nationen ein Übereinkommen getroffen habt, daß diese nicht über ein bestimmtes Maß hinaus bauen.“

Wir müssen zeigen, daß, indem das Arbeitsfeld des Schiedsgerichtes und der Vermittlung erweitert wird, eine immer größere Anzahl unserer nationalen Probleme gelöst werden können. Gewalt hat uns niemals Sicherheit oder Frieden verschafft, sondern hat immer zum Wettrüsten in Armeen, Schlachtschiffen und Kanonen geführt. Der Weg, all dem ein Ende zu machen, besteht darin, die Waffen der Sicherheit zu ändern und sie von materiellen Dingen, welche töten, zu übertragen und moralischen Dingen, welche Gerechtigkeit sichern. Ich beantrage für diese Regierung, daß wir hinsichtlich dieses Problems das Angezicht der Welt weit entscheidender auf den Weg zum Frieden gerichtet haben, als es je in der Geschichte der Welt gewesen ist.“

Diese Worte, die ein Gemisch von Pessimismus und Optimismus sind, fanden bei den Zuhörern lauten Beifall. Das Könnchen Weisrauchs, das MacDonald seiner eigenen Administration für die Einberufung einer Marinekonferenz nach London streut, ist ihm wohl zu vergönnt. Er hat es höchst wahrscheinlich gut gemeint. Doch führt man aus seinen eigenen Worten heraus, daß er keinen praktischen Erfolg für Abrüstung und Frieden aus dieser Konferenz mehr erwartet. Das tritt sogar ganz klar aus einem anderen Satze hervor, den er im Laufe seiner Rede aussprach: „Wenn ich in einer Konferenz Repräsentanten von Nationen treffen, die so unabhängig sind wie ihr selbst, die für Generationen kriegerische Einnärrische und Verzweiflung erlitten haben und deren Traditionen das Resultat davon sind, so könnt ihr diese Traditionen nicht leicht wegwaschen. Ihr müßt auf die Philosophie zurückfallen: Nicht wie ich will, sondern wie sie wollen.“

Der „Temps“, die halb offizielle Zeitung von Paris, liest aus diesen Worten heraus, daß sie nichts weiter seien als eine Versicherung der Tatsache, daß die englische Arbeiterregierung ihr Verprechen hinsichtlich der Abrüstung nicht erfüllen kann. Die anderen Worte, über die Abberung der Waffen von materiellen auf geistige und moralische Dinge,

werden von der Pariser Zeitung mit der leichten Bemerkung abgetan, das sei ein nobles Ideal, lege aber eine Forderung in der menschlichen Natur voraus.

An der Aufrichtigkeit des Wunsches der britischen Regierung und des britischen Volkes, die Rüstungen zu beschneiden, hegt der „Temps“ keinen Zweifel. Aber er ist der Ansicht, daß die Ungewißheit hinsichtlich des britischen Begriffs von Sicherheit eines der Haupthindernisse für einen wirklichen Fortschritt in Sachen der Abrüstung sei. Wer darüber unzufrieden sei, daß hierzu so wenig geschehen sei, solle nicht vergeblich sein, daß das Genfer Protokoll vom Jahre 1924 die einzige praktische Lösung des Problems gewesen wäre, daß aber dieses durch die britische Opposition vereitelt worden sei.

Das Genfer Protokoll! Wenn man das selbe aller seiner Zieraten entkleidet, so bedeutet es, daß der Völkerbund der französischen Nation ihre durch den Krieg und durch die „Friedens“-Schlüsse erzwungene Stellung für alle kommenden Zeiten garantieren und, wenn immer nötig, sie mit Waffengewalt verteidigen müßte. Was immer für gute oder schlimme Eigenschaften die Franzosen haben mögen, an übertriebener Bescheidenheit haben sie sicherlich nie gelitten. Ihr praktisches Motto war immer:

„Bescheidenheit ist eine Tugend, doch weiter kommt man ohne ihr.“

Nachdem fast die ganze Welt die Schlachten Frankreichs geschlagen und es vom sicheren Verderben errettet hatte, nachdem dann Frankreich die günstige Konjunktur ausgenutzt und sich unter vielfacher Mißachtung der Interessen sogar ihrer einstigen Bundesgenossen zur ersten Vormachtstellung der Welt emporgeschwungen hatte, nachdem es auf diese Weise zu einer Gefahr für mehrere eben dieser Bundesgenossen selbst geworden war: da war es denn doch schon ein bißchen viel verlangt, daß diese Völker, die im Völkerbunde vereinigt waren, nichts Angelegentlicheres zu tun haben sollten, als Frankreich Sicherheit in dieser Stellung zu gewährleisten.

Der „Temps“ besteht mit Nachdruck darauf, daß man an eine Abrüstung oder auch nur an eine Beschränkung der Rüstungen nicht denken könne, bis die „Sicherheit“ definitiv erreicht sei. Der Völkerbund und der Kellogg-Pakt seien als Garantien wertlos, weil sie keine Sanktionen gegen einen etwaigen Verleher der Sicherheit vorsehen. Den Locarno-Pakt erwähnt die Zeitung gar nicht unter den Garantien.

Der „Temps“ drückt jedenfalls die Ansichten der regierenden Kreise Frankreichs aus. Und diese Ansicht besteht darin, daß Frankreich sich durch fortgesetzte und immer größere Rüstungen die ersehnte Sicherheit selbst verschaffen muß. Das erklärt es auch, warum Briand in seinem Plan hinsichtlich der „Vereinigten Staaten von Europa“ mit keiner Silbe der Abrüstung oder der Beschränkung der Rüstungen gedenkt. Was wird nun aus dem englisch-amerikanisch-japanischen Marineprogramm werden, dem Resultate der Londoner Konferenz? Dasselbe sieht vor, daß irgendeine dieser drei Nationen nicht an das Übereinkommen gebunden sei, falls sie sich durch die Rüstungen eines anderen Landes in ihrer Sicherheit bedroht sähe.

Am 11. August hielt D. B. Bainhouse, der assistierende Direktor des amerikanischen Unterdrückungskomitees für auswärtige Angelegenheiten, vor dem Institute für Politik in Williamstown, Massachusetts, einen Vortrag, der darauf hinauslief, daß eine Abrüstung nach den Vorschriften des Londoner Übereinkommens niemals würde durchgeführt werden. Denn wenn Frankreich sein Flottenprogramm, so wie es ausgelegt ist, konsequent fortführt, so muß England in kurzem von dem Artikel 21 des Londoner Vertrages Gebrauch machen, um sich von Frankreich nicht überflügeln zu lassen. Gest aber England über das Londoner Programm hinaus, dann

muß Amerika nachfolgen, und rüstet Amerika weiter, dann darf Japan nicht zurückbleiben. Und das Wettrennen ist im Gange, wüthiger als je zuvor.

Generalmajor a. D. Graf v. d. Goltz schrieb kürzlich: „Abrüstung oder neuer Weltkrieg, das ist eine der einschneidenden Fragen unserer Zeit. Einschneidend besonders für das allein abgerüstete Deutschland. Da niemand mehr daran zweifeln kann, daß die neu aufgerüsteten Militärstaaten sich gegen jede Abrüstung mit aller Kraft wehren wollen, ist die Kriegsgefahr umso drohender.“

Hier und dort

Der Hochwürde Jean-Marie Rodrigue Villeneuve, O. M. I., der neuer-nannte Bischof von Gravelbourg, wird am 11. September in der Basilika zu Ottawa von Sr. Gnaden, dem Hochwürde Guillaume Forbes, Erzbischof von Ottawa, die Bischofsweihe empfangen. Die Installation des neuen Bischofs in Gravelbourg wird um 8 Uhr abends des 17. September durch Sr. Gnaden, den Hochwürde James Charles McGuigan, Erzbischof von Regina, vorgenommen werden. Am folgenden Tage um 10 Uhr wird Bischof Villeneuve das erste Pontifikamt halten.

Staaten richtete sie außerordentlich großen Schaden an.

In angelsächsischen Ländern hat man noch vor nicht so langer Zeit die Nase gerümpft über solche in der Zivilisation weit zurückgebliebenen Länder wie Albanien, Madagaskar und da ein menschliches Leben fortsetzten. Sollte man an die Ver Staaten von Amerika einen ähnlichen Maßstab anlegen, wo Raub und Mord in ihren gräßlichsten Formen an der Tagesordnung sind, so müßte man ihre Zivilisation als weit unter den Vorkolonialen stehend abschätzen. Mit den gewöhnlichen Mordern, so verdammenwert auch ihre Handlung ist, kann man immerhin noch etwas Nachsicht haben; zudem riskieren sie zumeist ihr eigenes Leben und ihre Freiheit. Aber der Lynchmord, diese nationale Geisteskrankheit Amerikas, ist wohl die elementarste und feigste Mordart, die sich in den Annalen der Verbrechenswelt finden läßt. Der Böbel, der die hilflosen und zudem oft unzulässigen Opfer hinhindert, riskiert nichts dabei, nicht einmal eine Verurteilung durch das Gericht. Denn in Amerika, dem Mutterlande der Demokratie, fürchtet sich jeder Staatsdiener vor dem Böbel. — In Marion, Indiana, holte der Böbel zwei Neeger, die behuldigt wurden, einen jungen Mann ermordet und seine Begeisterung angegriffen zu haben, aus dem Gefängnis und knüpfte sie an einem Baume auf. Damit ist die Sache abgetan und es wird kein Bohm mehr darnach fragen. Und Amerika hat abermals den Beweis erbracht, daß die gewöhnlichsten Angriffe von Zivilisation noch nicht ihren Einzug gehalten haben.

Am 15. August erließ die neue Regierung von Canada durch W. A. Gordon, den Minister für Einwanderung und Kolonisation, ein Einwanderungsverbot für Europa. Großbritannien und ebenso die Ver Staaten werden davon nur so weit betroffen, als die kanadische Regierung weiter keine Einwanderung von dieser Seite her mehr begünstigen oder ermutigen wird. Ausgeschlossen sind auch nicht solche erfahrene Arbeiter, welche genug Mittel besäßen, um sich sofort selbstständig in dem Lande ansässig zu machen. Auch Frauen und Kinder solcher Männer, die bereits im Lande ansässig sind, sind nicht ausgeschlossen. — Der Grund für diese radikale Maßregel ist die große Arbeitslosigkeit, die seit längerer Zeit auch in Canada herrscht. Mit dem Verschwinden der

Was sagt Sowjetrußland von sich selbst?

Von Univ. Prof. Dr. Andreas Pösch (Graz)

Eine wertvolle Ergänzung zu den erschütternden Darlegungen Doullers, der den russischen Kommunismus in seiner Tätigkeit, sozusagen „an der Arbeit“, gezeigt hat, ist das Buch von Professor L. Berg: „Was sagt Sowjetrußland von sich selbst?“ Hier tun wir einen Blick in jene Gedankengänge der Machthaber des offiziellen Rußland, nach welchen sich das kulturelle, politische und wirtschaftliche Leben gestalten soll. Berg läßt die Vertreter Sowjetrußlands selber sprechen in den offiziellen Programmen, in den Stimmen der offiziellen Organe; ausländische Beobachter, deren wissenschaftliche Stellung oder Parteigebörigkeit jede Voreingenommenheit ausschließt, kommen zu Wort. So der bekannte deutsche Parlamentarier Dötsch, Geheimrat Meinow oder die deutsche Sozialisten Paul Levi, Dr. Friedländer und andere. Genüß verbringt auch diese Methode. Quellen und Zitate unmittelbar horechen zu lassen, noch nicht die absolute Verlässlichkeit, aber man hat doch beim Lesen dieses Buches die Überzeugung, daß es dem Verfasser um nichts anderes als um die Zeichnung eines richtigen Bildes zu tun ist.

speit sich auf die übelste Art, indem er die spindeldünnen Züge seines eigenen Ich herausucht, um sie zu vergrößern.“

Wie nun hat der Kommunismus in Rußland die praktische Probe bestanden, was sagen die Kommunisten und was sagen die gewissenhaften Beobachter zu den Erfolgen der 10jährigen Sowjetregierung? Der offizielle „Nährer durch die Sowjetunion“ vom Jahre 1928 rühmt den Fortschritt in der Bebauung des Bodens, den Aufschwung in der Landwirtschaft, die Geburt des Kulturlandes der Bauern, die technischen Errungenschaften der Landwirtschaft. Nach den offiziellen Berechnungen gingen bei der großen Landreform 97 Prozent des Grundbesitzes und Bodens in die Verfügung der bäuerlichen Bevölkerung über. Die Anbaufläche hat den Perzent der Regierung zufolge stets zugenommen. Diesen Optimismus gegenüber steht aber die Tatsache, daß 1929 die Proffarte mit beschränkter Ration eingeleitet werden mußte, und daß der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Kofow, auf dem Sowjetkongreß vom März 1929 erklärte, die Union könne den Bedarf an Brotgetreide nicht decken. Das offizielle Wirtschaftsorgan gibt nun für das Jahr 1928 an, daß die Ernterückstände immer sinken. So, Stalinin, der Vorsitzende der Union der Sowjetstaaten, muß eingestehen: „Das Land hat für den Bauern nicht mehr die frühere Bedeutung. Man kehrt nicht mehr, daß der Bauer wie früher mit Liebe seine Saaten bewacht.“ Die in letzter Zeit vielbesprochene Ausfuhr zu Dumpingpreisen wird nur möglich durch gewaltsame Erfassung des Innenverbrauchs.

Wie ist dies zu erklären? Durch die Unterdrückung der freien Bauern (Kulaken) und die teure Arbeit der Kollektivwirtschaften, die jede Initiative ausschließen, so daß die Regierung genötigt war, zu einem ganz kapitalistischen Mittel, zum Prämissienfiskus, zu greifen, um die Erträge etwas zu erhöhen. Die Notlage der Landwirtschaft zeigt sich auch in der Abwanderung der deutschen und schweidischen Bauern, die den wirtschaftlichen Druck nicht mehr länger aushalten und zudem ihre kulturellen und sittlichen Werte nicht einbüßen wollen. Auf die Frage, warum er fortwanderte, antwortete einer der Kolonisten: „Weil ich nicht will, daß meine Kinder zu wilden Tieren erzogen werden.“ Der russische Volksratsrat Bessedowski sagt über die Verhältnisse und Beziehungen in der russischen Landwirtschaft und den Geist der herrschenden Regierung folgendes: „Zwar vom Auslande her habe ich stets gegen die idiotische Zentralisierung protestiert, die die Partei zunächst in ein Leben einiger Führer und dann in die Diktatur Stalins verwardelt hat, jenes Vertreters abhurdester östlicher Despotismen. Die Schlacht mit den russischen Bauern hat begonnen. Sie wird gegen den Kommunismus geführt und für die wirtschaftlichen Freiheiten, die die Kommunisten unterdrücken. ... Ihr Kommunismus zeigt dem Bauer einen Traktor und nehm ihm dabei seine letzte Pflüge weg. Ihr laßt ihm kein Getreide für 16 Prozent des Marktwertes ab und verkauft es mit

(Fortsetzung auf Seite 8)

(Fortsetzung auf Seite 4)